

## Protokolleintrag vom 14.04.2010

2010/186

### Motion von Marcel Z'graggen (CVP) und Dr. Martin Mächler (EVP) vom 14.04.2010: Erhöhung der Anzahl Ausbildungsplätze im Bereich Fachangestellte Gesundheit (FaGe)

Von Marcel Z'graggen (CVP) und Dr. Martin Mächler (EVP) ist am 14. April 2010 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert, dem Gemeinderat eine Kredit schaffende Weisung zu unterbreiten, welche gewährleistet, dass in den städtischen Spitälern, Kliniken und Heimen generell das Erwerbsvolumen der Pflegefachkräfte und im Speziellen die Anzahl Ausbildungsplätze zur Fachfrau/zum Fachmann Gesundheit (FaGe) auf den Lehrstellenbeginn 2012 und die folgenden Jahre deutlich erhöht werden kann.

#### Begründung:

Gemäss NZZ vom 2. Juni 2009 sind voraussichtlich in den folgenden Jahren die Betriebe des Zürcher Gesundheitswesens mit einem akuten Mangel an Pflegepersonal konfrontiert. Auf der Homepage des Zürcher Spitex-Verbandes ist die Liste der Stellenangebote lang, Pflegefachleute sind offenbar dringend gesucht. Jährlich müssten „580 junge Frauen und Männer in die Grundausbildung einsteigen. Diese Zahl erreichen die beiden Zentren bis anhin aber bei weitem nicht; auch 2008 waren in der Pflege-Grundausbildung, bei den sogenannten Fachangestellten Gesundheit (FaGe), erst 398 der 580 verfügbaren Plätze besetzt“, zitiert die NZZ Christina Vögtli, die Leiterin der Sektion Gesundheitsberufe des kantonalen Berufsbildungsamtes. Einerseits herrscht ein Mangel an qualifiziertem Pflegepersonal, zum andern ist das Interesse an der Ausbildung zur Fachfrau/zum Fachmann Gesundheit (FaGe) gross, so dass auch von einem Mangel an Lehrstellen gesprochen werden muss, denn neben einem Schulplatz, den das Careum in Zürich und das ZAG in Winterthur bereit stellen, benötigen angehende Fachangestellte auch einen Ausbildungsplatz in einem Spital oder einem Heim, und daran fehlt es.

Die zurzeit praktizierte ‚Lösung‘, Pflegepersonal im - wenn nötig weit entfernten - Ausland zu suchen und damit kurzfristig eine Entlastung der Situation herbeizuführen, ist wenig zukunftssträhig und ist sicherlich nicht geeignet, die Versorgungssicherheit im Gesundheitswesen zu gewährleisten.

Gemäss der vom Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien BASS erstellte Studie zur Lage im Kanton Graubünden zeigt exemplarisch für alle betroffenen Kantone und Regionen auf, in welcher Richtung Lösungsansätze gesucht werden müssen. Es empfehlen sich Massnahmen, die das Erwerbsvolumen (Erwerbstätigenquote, Beschäftigungsgrad, Erwerbsunterbrüche von Müttern) der ausgebildeten Pflegefachkräfte erhöhen. Da rund 90 Prozent der Pflegefachkräfte Frauen sind, drängen sich Massnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf auf.

Im Ausbildungsbereich ist das Trittbrettfahrer-Problem zu lösen. Heute ist gemäss Studie die Ausbildung von Pflegefachkräften für die Versorgungsbetriebe in den meisten Fällen betriebswirtschaftlich nicht rentabel. Dies führt zu einem Trittbrettfahrer-Problem und letztlich dazu, dass in Zukunft zu wenig Pflegefachkräfte ausgebildet werden. Hier gilt es auf der kantonalen politischen Ebene und regional entsprechende Vorstösse zu initiieren, damit griffige Massnahmen und Abmachungen diesen Missstand beheben können. Die Gründe liegen auf der Hand: Es ist nicht nur bildungs- und integrationspolitisch, sondern vor allem auch volkswirtschaftlich sinnvoll, jungen Menschen, die bereits in der Schweiz leben, die Möglichkeit zu geben, die Ausbildung zur Fachfrau/zum Fachmann Gesundheit (FaGe) zu absolvieren. Gesellschaftspolitisch werden sie dadurch heute als Erbringer von Leistungen im Gesundheitsbereich integriert und in der Zukunft als Empfänger von Leistungen im Gesundheitsbereich für eine ausgeglichene Leistungsbilanz sorgen. Die faktisch praktizierte Verlagerung der Ausbildung ins Ausland, welche kurzfristig finanzielle Vorteile bringt, weil die anfallenden Kosten für die Ausbildung nicht hier und heute anfallen, zeugt von kurzfristigem Denken und wird zunehmend auch in finanzieller Hinsicht eine Hypothek für spätere Generationen darstellen.

Mitteilung an den Stadtrat